

OTTO DIENEMANN

Zu ausgewählten Ergebnissen der räumlichen Forschung der DDR aus der Sicht des Bauwesens

Kurzfassung

Ein historisch gewachsenes, räumlich zusammenhängendes Wirtschafts- und Sozialgefüge war mit der Teilung Deutschlands und der Abtrennung der Ostgebiete zunächst für eine noch nicht absehbare Periode willkürlich zerschnitten worden. Die Überwindung der entstandenen Defizite und Disproportionen führte unter den Bedingungen der Zwangsbindung der DDR an die Sowjetunion und an die Sozialismusvorstellungen sowjetischer Prägung zu gravierend negativen Entwicklungen. Beseitigung des Privateigentums, zentraler Dirigismus, Entterritorialisierung der Produktionsstrukturen, verbunden mit Autarkiestrebungen und den Maßnahmen der politisch-territorialen Neugliederung der DDR, haben zu unvermeidbar hohen Beanspruchungen bzw. Vergeudung von Naturressourcen sowie zur Deformation räumlicher Strukturen geführt.

Der jetzt anstehende Beitritt der Länder der DDR zu einem einheitlichen Deutschland sowie die Einbindung der DDR und weiterer schwächer entwickelter osteuropäischer Länder in ein zusammenwachsendes Europa setzen neue Maßstäbe für die Raumforschung und ihren Stellenwert für fachlich fundierte Politikberatung.

1. Die Raumstruktur der DDR als Resultat der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Die räumliche Struktur in Deutschland — über viele Jahrhunderte hinweg von verschiedenen Gesellschaftsformen geprägt — wies zunächst am Ausgang des Zweiten Weltkriegs trotz der enormen Kriegszerstörungen generell einen hohen Industrialisierungsgrad, Urbanisierungsgrad und infrastrukturellen Erschließungsgrad auf. Auch auf dem Territorium der damaligen sowjetischen Besatzungszone war ein dichtes Netz von Siedlungen, Eisenbahnen, Autobahnen, Fernverkehrs- und Wasserstraßen vorhanden.

Wie für das hochentwickelte Deutsche Reich insgesamt charakteristisch, war insbesondere auf dem Territorium des östlichen Teils von Deutschland ein großräumiges Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich des ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Entwicklungsniveaus zu verzeichnen. Die ländlich-agrarisch strukturierten Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern unterschieden sich deutlich von den sächsischen, anhaltinischen und thüringischen Industrieregionen sowie von der Großberliner Agglomeration.

Im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs wurden mit der Teilung Deutschlands und der Teilung der Hauptstadt Berlin (rd. 1 400 km Mauer und Grenzbefestigung an der Grenzlinie zur Bundesrepublik Deutschland) gravierende Veränderungen in der Entwicklung der räumlichen Struktur in Deutschland eingeleitet.

Von besonderem Einfluß auf die Entwicklung der räumlichen Struktur im Ostteil Deutschlands war die mit den Grenzen verbundene Abtrennung der verarbeitenden Industrie von der Grundstoffindustrie. Die DDR verfügte nur über rd. 3 % der Steinkohlenförderung (Abtrennung vom Ruhrgebiet und Oberschlesien), 1,6 % der Roheisenproduktion und rd. 8 % der Rohstahlproduktion. Von 124 Hochöfen zum Beispiel befanden sich nur vier Hochöfen, und von der gesamten Zementindustrie Deutschlands nur 14 % auf dem Territorium der DDR. Einschneidend wirkten weiterhin die Abtrennung vom Hamburger Hafen sowie die bis zum Jahr 1948 laufenden Demontagen von insgesamt 680 Betrieben und rd. 75 000 km Reichsbahnnetz zum Abtragen der Kriegsschuld an die Sowjetunion.

Ein historisch gewachsenes, räumlich zusammengehöriges Wirtschaftsgefüge war mit der Teilung Deutschlands und der Abtrennung der Ostgebiete zunächst für eine noch nicht absehbare Periode willkürlich zerschnitten worden.

Die Überwindung der entstandenen Disproportionen führte unter den Bedingungen der Zwangsbindung der DDR an die Sowjetunion zur Entwicklung einer eigenen, vorrangig auf Importen aus der Sowjetunion ausgerichteten Grundstoffindustrie. Der Aufbau der Schwerindustrie in Eisenhüttenstadt, Riesa, Brandenburg, Maxhütte Unterwellenborn, die Errichtung von Braunkohlekraftwerken und Braunkohleerarbeitungsanlagen in Schwarze Pumpe bei Spremberg, Trätendorf, Vockerode, Lübbenau, Vetschau, Hagenwerder, der Aufbau von Zementwerken in Rüdersdorf, Karsdorf, Bernburg und Deuna sowie der Ausbau des Überseehafens Rostock und der Bau des Erdölwerks in Schwedt, verbunden mit Städtegründungen in Schwedt, Hoyerswerda und Eisenhüttenstadt, sind Zeitzeugen dieser Entwicklung.

Diese Veränderungen in der Raumstruktur waren bereits damals geprägt vom neuen Beziehungsgefüge, das die sowjetische Besatzungszone, später die DDR, im Rahmen des Ostblocks einging.

Vertieft wurde diese Entwicklung in der Zeit des kalten Krieges. Viele Entwicklungen führten unter der Argumentation der "Störfreimachung" in der Zeit bestehender COCOM-Listen und Lieferverbote zu unvernünftigen, aus heutiger Sicht völlig unbrauchbaren Parallelentwicklungen, Nachentwicklungen und Dopplungen sowie insgesamt zu einer ungeheuren Vergeudung von Ressourcen, Naturraumpotentialen und vor allem zu einer riesigen Vergeudung menschlicher Arbeitskraft. (Die DDR war infolge des überhöhten Eingriffs in den eigenen Naturraum in wenigen Jahren zum bergbauintensivsten Land in Europa avanciert. Rund 30 weitere Braunkohlentagebaue waren bis zum Jahr 2000 vorgeplant.)

Hinzu kam eine unvorstellbare Großmannssucht der *Honecker*-Regierung zur eigenständigen Entwicklung der Mikro-

elektronik, die den teilweise notwendigen Prozeß der Dopp-
lung ganzer Industriebereiche noch übermäßig vergrößerte.

Der Prozeß der Nachkriegsentwicklung im Ostteil Deutsch-
lands war im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland in
den Nachkriegsjahren maßgeblich geprägt vom politischen
Willen der sowjetischen Besatzungsmacht und den Sozialis-
musvorstellungen sowjetischer Prägung. So begann unmittel-
bar nach dem Krieg die erste Welle der Enteignung und Über-
führung von privaten Betrieben in sog. "Volkseigentum".
Dieser Prozeß setzte sich mit insgesamt elf Enteignungswellen
fort und erfuhr praktisch im Jahre 1972 seinen Abschluß. Im
Bereich der Industrie wurden auf diese Weise mehr als 8 000
selbständige Betriebe liquidiert, von 11 560 Betrieben im Jahr
1970 waren im Jahr 1987 nur noch 3 423 Betriebe übrig geblie-
ben. Analog verlief dieser Prozeß auch im Bauwesen. So war in
der *Baumaterialienindustrie* bereits Ende der 50er Jahre der
Enteignungsprozeß abgeschlossen und die Eigentumsstruktur
grundsätzlich verändert worden:

- 70 % "Volkseigene Betriebe"
- 15 % Produktionsgenossenschaften des Handwerks
- 4 % private Betriebe der Baumaterialindustrie
- 4 % privates Handwerk

Damit verringerte sich die Anzahl der juristisch selbständi-
gen Betriebe von rd. 970 Betrieben im Jahr 1960 auf 190
Betriebe gegenwärtig.

Die private *Bauindustrie* wurde vollständig liquidiert und
der Anteil des privaten Bauhandwerks von rd. 38,5 % im Jahre
1950 auf 7,7 % im Jahr 1989 (gerechnet am Anteil der Produk-
tion) reduziert.

Mit dieser Entwicklung, die gekennzeichnet war durch die
Bildung großer Kombinate, entfernte sich die Wirtschaft in
der Betriebsgrößenstruktur deutlich von der Bundesrepublik
Deutschland, wo die überwiegende Mehrzahl der Beschäftig-
ten mit großem Erfolg in kleinen und mittelständischen priva-
ten Betrieben in direkter sozialer und ökonomischer Bezie-
hung zu den Kommunen und anderen Auftraggebern tätig ist.

Tabelle 1:
Betriebsgrößenstruktur im Bauwesen

Beschäftigte	Anteil in %	
	DDR	Bundesgebiet
bis unter 50	10,3	53,3
50 bis unter 100	13,4	15,3
100 bis unter 200	4,7	13,4
200 bis unter 500	11,3	10,4
500 und mehr	60,3	7,4

Viele Städte und Gemeinden verloren damit ihre örtlich
verfügbaren Baukapazitäten, und durch die drastische Redu-
zierung bisher selbständiger Industriebetriebe trat in vielen
Kommunen eine Teilfunktionsentleerung ein.

In der gesamten Wirtschaft der DDR vollzog sich eine
Entterritorialisierung der Produktionsstrukturen. Mangelnde
gesetzlich verankerte Kompetenz sowie mangelnde Verfüg-
barkeit der Kommunen über finanzielle und materielle Fonds
beschleunigten diesen Prozeß. Zentraler Dirigismus sowie
Leistungsstrukturen auf der Ebene der einzelnen Industrie-

ministerien und ihrer Zweigleitungen traten, getragen von
Ressortdenken, an die Stelle komplexer örtlich bezogener
dezentraler bzw. kommunaler Willensbildung.

Die Entmündigung der örtlichen Volksvertretungen sowie
die ungenügende Einbeziehung der Bürger wirkte sich auf die
Entwicklung der Städte und Gemeinden insgesamt verhäng-
nisvoll aus. Hinzu kam die unvertretbare Einengung der
stadtplanerischen Arbeiten und des Architekturschaffens
auf die Aufgaben der Investitionsvorbereitung zur Lösung
der Wohnungsfrage bei Zurückstellung der Aufgaben zur
vorsorglichen, funktionell-raumordnenden und gestaltenden
Funktion von Städtebau und Architektur.

Die tragischen Wirkungen für die Städte und Gemeinden
aus der vollzogenen Liquidierung des Privateigentums
und einer verfehlten Mietpreispolitik sind nachvollziehbar,
insbesondere auch am physischen Niedergang der Wohnbau-
substanz.

Tabelle 2:
Veränderung der Eigentumsstruktur des Wohnungsbestands

	1950	1960	1971	1990
— Privateigentum	91	83	62	41
— genossenschaft- liches Eigentum	1	2	10	17
— Kommunale Wohnungs- verwaltung	8	15	28	42

Mehr als 50 % der vor 1945 errichteten mehrgeschossigen
Wohnbausubstanz in den Städten befinden sich in den Bau-
zustandsstufen III und IV¹.

Bedeutende Wirkungen auf die Raumstruktur gingen wei-
terhin von der im Jahr 1952 durchgeführten politisch-territori-
alen Neugliederung der DDR aus. An die Stelle der bisherigen
Länderverwaltungen wurden mit dem Volkskammerbe-
schluß vom 23.7.1952 14 Bezirke gesetzt, und die Anzahl der
Kreise wurde von 143 auf 227 erhöht. Berlin-Ost wurde zur
Hauptstadt der DDR erklärt.

Ausgehend vom vorherrschenden zentralistischen Wirt-
schaftssystem vollzog sich auf dieser Basis eine ungerech-
tferdigte, vorrangige Entwicklung der Hauptstadt Berlin und
der Bezirkshauptstädte. In abgeschwächter Form gilt diese
Aussage auch für eine Vielzahl von Kreisstädten. Kreisange-
hörige Städte, insbesondere die kleinen Städte und Dörfer,
waren in ihrer Entwicklung stark benachteiligt. Die Tabelle 3
zum Versorgungsniveau macht dieses Problem in Ansätzen
deutlich.

Das Baugeschehen in der DDR, das insgesamt von zentrali-
stischer Wirtschaftsführung und einer Monopolstellung großer
Baukombinate bestimmt wurde, trug wesentlich zum
desolaten Zustand in vielen Städten und Gemeinden bei.

Auf der Basis eines eingeschränkten Erzeugungssortiments
für randstädtischen Wohnungsneubau auf der Grundlage von
Plattenbauten wurden die Grundprinzipien landschaftsbezo-
genen, ortstypischen Bauens größtenteils verletzt.

Durch vorwiegend randstädtischen Wohnungsbau sind
viele Städte in ihrer flächenmäßigen Ausdehnung um 30 %
gewachsen, und die Einwohnerdichte, bezogen auf die Innen-
städte, hat sich um 20 bis 40 % und — bezogen auf die

Tabelle 3:
Versorgungsniveau

Gemeindegröße (Einwohner)	Anschluß an		
	Trinkwasser in %	Kanalisation in %	Kläranlagen in %
unter 10 000	88	56	36
10 000 bis unter 20 000	92	70	46
20 000 bis unter 50 000	96	80	62
50 000 bis unter 100 000	97	90	76
100 000 und mehr	100	95	97

bisherige Baugebietsfläche — in vielen Städten insgesamt um 10 bis 15 % verringert.

Ein dramatischer Verfall der historisch wertvollen Bausubstanz in den Städten² sowie eine nicht länger zu übersehende Entvölkerung der Innenstädte sowie planlose Wucherungen der Stadtränder, Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzfläche (durch Ausdehnung der Städte bisher 150 000 ha) sowie der allgemein schlechte Zustand der Infrastruktur sind Zeitzeugen dieser Entwicklung. (Rund 50 % der vor 1945 gebauten Mehrfamilienhäuser, rd. 30 % der Verkaufsstellen, 49 % der Großhandelslager sowie 66 % der kommunalen Straßen befinden sich in den Bauzustandsstufen III und IV.)

Für jedermann sichtbar positiver verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Soziale Marktwirtschaft auf der Basis überwiegend mittelständischer und kleiner privater Betriebe sowie das föderalistische Staats- und Verwaltungsprinzip auf der Grundlage einer hohen Selbständigkeit der Länder und Kommunen ermöglichten eine ungleich dynamischere Entwicklung. Die Wirtschaftslage insgesamt sowie auch der gute bzw. sehr gute Zustand der Bausubstanz in den Städten und Dörfern sowie in den produzierenden Bereichen sind Zeitzeugen dieser Entwicklung. Die Versorgung der Bundesbürger mit Leistungen der sozialen und technischen Infrastruktur sind unvergleichbar höher. Das trifft auch auf Maßnahmen für den Umweltschutz und die Landeskultur zu.

Bei etwa gleichem Anteil der Bauwirtschaft am Gesamtarbeitsvermögen wie im Bundesgebiet erreichte die Bauproduktion je Einwohner in der DDR im Vergleich zum Bundesgebiet seit 1960 im Durchschnitt nur rund 48 %. Eine Hauptursache hierfür ist insbesondere der Rückstand im Niveau der Arbeitsproduktivität im Bauwesen der DDR von rund 40 bis 50 %, der im wesentlichen zurückzuführen ist auf

- das geringere wissenschaftlich-technische Niveau und die begrenzte Verfügbarkeit der Maschinen und Ausrüstungen. Der Ausstattungsgrad mit Baumaschinen in der DDR

beträgt nur 50 bis 60 %. Der Verschleißgrad der Maschinen und Ausrüstungen beträgt rund 70 %;

- die geringere Verfügbarkeit vorkompletierter, qualitativ hochwertiger Ausbaumaterialien einschließlich des geringeren Niveaus in den Transport- und Versorgungsprozessen;
- das geringere Niveau der Leitung, Planung und Wirtschaftsorganisation im Bauwesen einschließlich der Nutzung moderner Informationstechnik.

Das Leistungsvermögen des Bauwesens ist gegenwärtig nicht ausreichend, um den geschaffenen Bestand an baulichen Grundfonds der Volkswirtschaft der DDR von rund 1 200 Mrd. Mark zu erhalten und zugleich entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der modernen Produktivkräfte sowie der Erhöhung des kulturellen Niveaus zu erneuern.

Für die Reproduktion und Bewahrung der städtischen Bausubstanz in den 7 565 Gemeinden, insbesondere der Wohnungen, der gesellschaftlichen Einrichtungen, der innerstädtischen Arbeitsstätten — soweit sie untrennbar mit der Reproduktion der Wohnbausubstanz verbunden sind — sowie der stadttechnischen Netze und Anlagen sind durchschnittlich jährlich Bauleistungen in Höhe von 40 bis 45 Mrd. Mark erforderlich.

Unter der Zielsetzung der schrittweisen Annäherung an das in der Bundesrepublik Deutschland bereits erreichte Entwicklungsniveau in den Städten und Gemeinden erhöhen sich die jährlich erforderlichen Bauleistungen weiter auf mehr als 60 Mrd. Mark.

Diesem jährlich erforderlichen Baubedarf steht ein jährlich verfügbares Bauaufkommen in den Städten und Gemeinden von rund jährlich 22 bis 25 Mrd. Mark gegenüber. Damit ist der für die Erhaltung und Erneuerung der Städte und Siedlungen erforderliche Bedarf zur Reproduktion der städtischen Bausubstanz nur zu rund 40 % gedeckt.

Diese bestehende Diskrepanz zwischen dem Baubedarf und dem verfügbaren Bauaufkommen ist vorrangig ein Problem

Tabelle 4:
Bauzustandsstufe III und IV

Anteil der Bauzustandsstufe III und IV	1985 in %	1990 in %	1995 in %	2000 in %
an der Industriebausubstanz	10 — 20	20 — 21	24 — 25	28 — 32
an der Wohnungsbausubstanz*	20 — 22	50 — 51	52 — 54	54 — 55
an der technischen Infrastruktur	30 — 32	32 — 35	50 — 52	65 — 70

* Bausubstanz der traditionell bis 1945 errichteten Mehrfamilienhaussubstanz

der Leistungsentwicklung in den traditionellen Bauberufen für die Aufgaben der Erhaltung und Modernisierung, und sie tritt insbesondere territorial differenziert mit großer Brisanz in den industriellen Ballungsgebieten und in Berlin auf.

Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Leistungsvermögens und der Leistungsstruktur des Bauwesens der DDR wäre ein weiterer progressiver Verfallsverlauf der Städte und Dörfer, der technischen Infrastruktur sowie der Standorte der Produktion vorprogrammiert.

Ohne eine direkte Einflußnahme und wirtschaftliche Hilfe von Seiten der Bundesrepublik sowie weiterer ausländischer Investoren wäre ein baulicher Verfall der geschaffenen räumlichen Strukturen nicht aufzuhalten.

2. Vorschläge für den deutschen Fusionsprozeß aus der Sicht der Raumforschung

Für die Bewahrung der erhaltenswerten Bausubstanz der Städte und Dörfer, insbesondere der kulturhistorisch wertvollen Ensembles in den Kernbereichen der Städte, die Erhaltung und den Ausbau der Netze der technischen Infrastruktur sowie für die Entwicklung des Großraums Berlin und den ökologischen und wirtschaftlichen Umbau der produzierenden Bereiche insbesondere in den Ballungsgebieten ist das Leistungsvermögen des Bauwesens zu verdoppeln. Dazu ist das Bauwesen durch Entflechtung der Kombinate vorrangig auf der Basis mittelständischer und kleiner privater Betriebe in direktem Zusammenwirken mit den Kommunen und anderen Auftraggebern zu organisieren sowie in seiner Technik durchgängig zu modernisieren. Durch Zuführung von 80 000 bis 100 000 Bauarbeitern vorwiegend in traditionellen Bauberufen ist das Bauwesen auch personell zu verstärken.

Angesichts des gegenwärtigen Verfalls der Bausubstanz besteht nur noch wenige Jahre die historisch einmalige Chance, die vorhandenen einzigartigen Kernbereiche der Städte sowie auch die noch vorhandenen Landschaftsparks mit ihrer Vielfalt an historischen, kulturellen, künstlerischen, architektonischen und technischen Werten als Objekte nationaler und regionaler Identifikation zu erhalten.

Die in den 60er bis 80er Jahren in zahlreichen Städten der DDR vorwiegend in industrieller Großplattenbauweise errichteten randstädtischen Großwohnsiedlungen bzw. Neubauwohngebiete werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten aufgrund der in ihnen vorhandenen Defizite an baulich-technischer, sozial-kultureller, ökonomisch-energetischer und ökologischer Qualität nachzubessern sein. Ihre räumlich-strukturelle Einbindung in die Altstadt sowie der verträgliche Übergang zum umgebenden Siedlungsraum sind dabei wichtige zu lösende Aufgaben.

Von großer Bedeutung für die weitere Entfaltung der räumlichen Strukturen ist die Gestaltung Berlins als Hauptstadt eines Bundesstaates Deutschland und Metropole des Ostens im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Dabei ist sicherlich zukünftig davon auszugehen, daß wichtige, früher an die Hauptstadt gebundene Funktionen nicht nach Berlin zurückkehren werden. So wird aller Voraussicht nach Frankfurt am Main das Zentrum der Finanzwelt und Karlsruhe der Sitz des Bundesgerichtshofs bleiben und wichtige weitere Funktionen auf Bonn und München sowie andere Städte verteilt bleiben. Die räumlich verteilte Ansiedlung wichtiger Funktionen wird zukünftig generell zu akzeptieren sein.

Die Entwicklung des Großraums Berlin wird sich vor allem an den künftigen Verkehrs- und Verflechtungsbeziehungen zum osteuropäischen Raum orientieren. Insgesamt wird mit einer bedeutenden Entwicklung des Großraums Berlin (60-km-Umkreis: Stadtkreis Potsdam, Landkreis Oranienburg, Nauen, Potsdam, Zossen, Königs Wusterhausen, Fürstenwalde, Bernau, Strausberg) bei deutlicher Entwicklung der Einwohner von gegenwärtig 4,3 Mio. auf mehr als 5,2 Mio. Einwohner gerechnet. Dabei werden die an Berlin-West angrenzenden Gebiete, die aufgrund der nach dem Mauerbau entstandenen deutlich größeren Verkehrswegedistanz in den Einwohnerzahlen erheblich geschrumpft sind, sich wieder normal entwickeln können.

Vorrangig sind der ökologische Umbau und die Reaktivierung der industriellen Ballungsgebiete in Angriff zu nehmen. Das betrifft den Raum Halle/Leipzig bis Mansfelder Raum, den ostsächsischen Raum Dresden/Oberes Elbtal sowie Chemnitz und Zwickau. Noch immer gehen vom Territorium der DDR sehr große ökologische Belastungen für Europa aus.

Tabelle 5:
Vergleich der Schwefeldioxid-Emission

ausgewählte Länder Europas	Schwefeldioxid-Emission	
	t je km ² Fläche	t je Einwohner
DDR	49,3	0,32
CSFR	25,0	0,21
Ungarn	17,6	0,15
Großbritannien	21,5	0,09
Belgien	26,5	0,08
Bundesrepublik Deutschland	14,5	0,06

Über 4,2 Mio. Menschen leben in Gebieten, in denen die Grenzwerte für die Schwefeldioxid-Konzentration überschritten werden. Für die Konzentration von Staub sind seit Jahren bereits mehr als 6 Mio. Menschen unzumutbaren Bedingungen ausgesetzt.

Langfristige Ansätze für gemeinsame Forschungen auf dem Gebiet der Raumordnung werden gesehen in der wissenschaftlichen Durchdringung

- der neuen Akzente internationaler Arbeitsteilung bei Einbindung der bisher wirtschaftlich schwächer entwickelten osteuropäischen Länder und der daraus für die Raumordnung in Europa zu erwartenden Problem- und Aufgabenstellungen. Wichtig dabei ist die Aufdeckung von Chancen und Defiziten für die Stellung und Funktion der Städte im Siedlungsnetz sowie für die Infrastruktur;
- des zu erwartenden Innovationsschubs im Bereich der Technik- und Technologieentwicklung, insbesondere im osteuropäischen Raum bei Vorabschätzung der ökologischen und sozialen Verträglichkeit für die betroffenen Regionen;
- der sich im erweiterten Maßstab herausbildenden Systemzusammenhänge im Beziehungsgefüge der westeuropäischen und osteuropäischen Länder im Blick auf die fortschreitende Abrüstung und weltweit wachsende friedliche Verflechtung;

- der verantwortungsbewußten Nutzung der Naturräume und Ressourcen zum Schutz des Lebens und der Natur im europäischen Maßstab;
- der Quellen und Verursacherbereiche für ökologisch bedenkliche Technologien und Produktionssysteme der Arbeiten zur vorausschauenden Technologiefolgeabschätzung zur Beeinflussung des räumlichen Niederschlags von Produktionssystemen.

Eine der wichtigsten Arbeiten wird in der vorausschauenden Bewertung von Bodennutzungen und der damit verbundenen Flächennutzungskonflikte in dem insgesamt sehr dicht besiedelten Europa gesehen. Dabei stehen insbesondere Arbeiten zu rechtlichen Regelungen und Rahmensetzungen für Aktivierung des osteuropäischen Raums im Blickpunkt. Aus den Erfahrungen der Bundesrepublik bzw. des westlichen

Europas sind neue Ansätze zur Vermeidung von Fehlern zu gewinnen.

Anmerkungen

- | | | |
|---|------------------|-------------------------------------|
| 1 | Bauzustandsstufe | I: sehr gut erhalten, keine Schäden |
| | — " — | II: gut erhalten, leichte Schäden |
| | — " — | III: schwere Schäden |
| | — " — | IV: unbrauchbar |

2 Von den 643 Städten verfügen 54 % über ein denkmalgeschütztes Gebiet im Stadtzentrum; 210 Altstadtkerne sind für den europäischen Städtebau als bedeutsam einzuschätzen. Mit wenigen Ausnahmen ist in den letzten 30 Jahren nichts Durchgreifendes geschehen. Viele Gebäude und Ensembles sind hochgradig gefährdet. Nur noch wenige Jahre gibt es eine Chance zur Bewahrung.

*Prof. Dr. Otto Dienemann
Zühlsdorfer Straße 14
O-1140 Berlin*